

i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 325

29. Dez. 2004

11. Jahrgang



Der 29. Dezember

Just heute, am 29. Dezember vor acht Jahren, wurde zwischen der aus den vier zur *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) zusammengeschlossenen Guerillagruppen und der Regierung unter Álvaro Arzú unter Schirmherrschaft der *Mission der Vereinten Nationen für Guatemala* (MINUGUA) und der Kirche nach rund 10 langen Verhandlungsjahren der letzte von 14 Friedensverträgen unterzeichnet, die dem 36 Jahre währenden Bürgerkrieg ein offizielles Ende setzten. Die Koinzidenz mit dem Erscheinungsdatum des vorliegenden ¡Fijáte! legt ein Resümee über die vergangenen acht Jahre nahe. Leider können wir unseren Wunsch nicht erfüllen, individuelle Stellungnahmen von GuatemalteKInnen zu veröffentlichen. Stattdessen greifen wir auf zwei Artikel zum Thema zurück, die in der Dezember-Ausgabe der Zeitschrift *laCuerda* erschienen sind.

Bis wohin ja, bis wohin nicht?

In Guatemala erscheint dieser 29. Dezember des Jahres 1996 so weit weg, wenn wir mit Personen sprechen, die in passiver Routine stecken oder keine Möglichkeiten haben, ihre BürgerInnenschaft auszuüben. Im Gegensatz dazu hat das selbe Datum eine starke Bedeutung für diejenigen, die seitdem Räume der Beteiligung einnehmen, die ihnen während Dekaden von willkürlichen Regierungen verwehrt waren. Tausende Frauen und Männer, die an jenem denkwürdigen Tag die Plaza Central in der Hauptstadt füllten, sind die gleichen Menschen, die, allen Enthusiasmus zusammennehmend, trotz der schrecklichen Repressionserlebnisse Vorschläge erarbeiteten und verteidigten, die der sozialen Ungerechtigkeit ein Ende machen sollten. Grundlage dafür waren die Friedensverträge.

Die, die ihre Rechte auf Beteiligung in Anspruch genommen haben, haben mittlerweile wertvolle Erfahrungen gesammelt, sind in ihren Erwartungen enttäuscht worden oder suchen andere Wege. In diesen acht Jahren haben die Friedensverträge unzählige sich widersprechende Bewertungen erfahren, abhängig davon, ob sie auf- oder abgewertet werden sollten. Sie wurden demagogisch genutzt, um Stimmen zu gewinnen oder Gelder von der internationalen Gemeinschaft aufzutreiben. Ebenso haben sie als Referenzpunkte für Lösungsforen von tief greifenden Problematiken dieses Landes gedient, das verwüstet war durch Militärdiktaturen und erhebliche soziale Ungleichheiten.

Wie auch immer, wenn von der Situation in Guatemala die Rede ist, ist ein obligater Bezugspunkt das Vor oder Nach den Friedensverträgen.

Dialoge ohne Resultate

Die friedlichen Mechanismen für die Lösung von Konflikten wurden willkommen geheissen, als die Gespräche zwischen Staatsinstitutionen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft durch das Verhalten der Regierenden versperrt wur-

den. Auf diese Weise hat es zahlreiche Verhandlungs- oder Runderische seit Dezember 1996 gegeben. Dialoge mit Lösungen ist die Forderung der sozialen AkteurInnen, denen jegliche Entwicklungsoption negiert wird. Drei Regierungen haben an solchen Gesprächen teilgenommen, ohne als öffentliche Macht ihre Verantwortung zu übernehmen, sich direkt einzumischen, um die Erfüllung der Friedensverträge zu sichern. Die Regierungen von Álvaro Arzú, Alfonso Portillo und Óscar Berger haben die Rolle von Veranstaltern der Plauderstunden übernommen und nicht als Verantwortliche der Staatsmacht, die den Respekt gegenüber den Menschenrechten zu garantieren haben. Zu diesen zählen u.a. die Rechte auf Versammlungsfreiheit, Gedanken- und Meinungsfreiheit, Eigentum, Legitimität von Widerstand und alle anderen Rechte, die dem Menschen laut Konvention inhärent sind.

FunktionsträgerInnen des Staates vertraten bei den Gesprächen die Perspektive, sozialen Druck zu vermeiden, dem Volk Almosen zu geben anstelle von dauerhaften Lösungen, grosse Unternehmen zu bevorzugen und deren neoliberales Marktmodell sowie eine paramilitärische Struktur wieder zu beleben. All dies tritt die Friedensverträge und die demokratischen Praktiken mit Füßen.

In den Gesprächen muss mit dieser bösartigen Tendenz abgeschlossen werden, die öffentliche FunktionärInnen gerne vorschieben, die jegliche Schuld abweisen wollen mit dem Argument, es seien andere Regierungen gewesen, die Rechtswidrigkeiten und Verspätungen in der Bearbeitung der Forderungen zu verantworten haben.

Vorsicht, Fallen!

Eine der Lehren daraus besteht darin, dass Aspekte der Friedensverträge das neoliberale Projekt und den Verlust der Autonomie der sozialen Organisation unterstützt haben. Zwei Beispiele: der Landfond FONTIERRA und das Frauenforum.

Angesichts des Mangels an Alternativen für die Fa-

milien der BäuerInnen, wurde der Landfond als Gelegenheit für die Leute ohne Landbesitz qualifiziert, ohne in Betracht zu ziehen, dass dieser Mechanismus nicht die notwendigen Ressourcen für Investitionen zuteilt und seine „Begünstigten“ dazu verpflichtet, deutliche Gewinne innerhalb eines Zeitraums von vier Jahren zu schaffen, bevor sie überhaupt mit den Rückzahlungen von Kredit und Zinsen beginnen konnten. Gleichzeitig waren für diese Familien jedoch die Ausgaben für Bildung, Dienstleistungen, Kleidung etc. zu tätigen.

Nach sieben Betriebsjahren ist der Landfond unfähig, die Anfragen zu bewältigen. Um sich an die Marktpolitiken anzupassen, bietet er ein günstiges Panorama für die Grossgrundbesitzenden an, die daran interessiert sind, ihr ertragsschwaches Eigentum zu verkaufen. Mit wenigen Ausnahmen haben die BewohnerInnen der durch FONTIERRA vergebenen Fincas weder ihre Lebensqualität

verbessert noch sind sie solvente SchuldnerInnen. Mit der Umwandlung des Fonds zum einzigen Weg, Ländereien zu vergeben, hat sich der Staat von der Verantwortung befreit, die Entwicklung der Bäuerinnen und Bauern zu garantieren. Dabei ist es ganz offensichtlich, dass es anderer Optionen bedarf, die die Gründung kleiner erfolgreicher Unternehmen stützen.

Vor 1996 fehlten den organisierten Guatemaltekinen noch Vertreterinnen in allen Departements und allen indigenen Völkern. Das Frauenforum öffnete diese Möglichkeit. Verschiedenste Gruppierungen sammelten sich in der Anstrengung und in einem kurzen Zeitraum multiplizierten sich die Gruppen bereits. Mit der Fähigkeit, Vorschläge zu machen aus dem öffentlichen Raum und als Zivilgesellschaft, nahmen Tausende von Frauen an einem Prozess teil, der zur Strukturierung des Forums als nationale Instanz führte. Viele von diesen tru-

gen dazu bei, eine Politik zu entwerfen, um die integrale Entwicklung der Guatemaltekinen zu fördern und zusätzlich Gesetze zu Gunsten der weiblichen Bevölkerung zu modifizieren und zur Abstimmung zu bringen.

Die historischen Bedingungen der Diskriminierung und das Fehlen von Möglichkeiten für die Organisation der Frauen erforderten eine weiterreichende Übereinstimmung. Heute sieht die Sache anders aus. In den Institutionen müssen gerade die Stimmen der sozialen Bewegung ihre Fähigkeit für Kritik und Druck bewahren.

Zahlreiche Fragen warten auf Antworten: Ist es möglich, Teil der Institutionenlandschaft zu werden ohne die Autonomie zu verlieren? Ist es nötig, dass die soziale Repräsentation des Segens der Regierung bedarf, wie es mit den paritätischen Kommissionen gemacht wurde?

(Rosalinda Hernández Alarcón)

Der Prozess von '96

Mit der Unterzeichnung der Friedensverträge wurden auch auf der persönlichen Ebene Veränderungen verursacht. Viele Frauen, die bereits in das politische Leben des Landes verwickelt waren, mussten während des Krieges ins Exil gehen, einen anderen Namen annehmen, in manchen Fällen die Familie verlassen und die geheime revolutionäre Arbeit innerhalb und ausserhalb Guatemalas fortführen. Nach Dezember 1996 kehrten einige zurück und integrierten sich in diese neue Transformationsperiode, andere kamen nicht wieder.

Zwei Guatemaltekinen - eine von ihnen ist mit dem Kampf um die Sache der Frauen eng verbunden, die andere ist Genossin einer politischen Schlüsselpartei im bewaffneten Konflikt - berichten, inwiefern sich ihre Welt verändert hat.

Sandra Morán schildert: „Während der 13 Jahre im Exil haben mich zwei Aspekte in der Arbeit begleitet. Auf der einen Seite die Förderung der Solidarität mit den Organisationen in Guatemala, die ich von Mexiko, Nicaragua und Kanada verfolgte und auf der anderen das Künstlerische mit der Gruppe Kinlat. Seit '92 habe ich mich besonders der Sache der Frauen angenommen.“

Die Jahre vor der Unterzeichnung des Friedensabkommens haben mich stark geprägt, und die Beteiligung im Frauensektor hat mein Leben radikal verändert. Ich fand nämlich einen Raum mit einer politischen Perspektive von Frauen, die ich nicht kannte und diese stellte für mich eine Möglichkeit dar, nach Guate-

mala zurückzukehren.

Im Jahr 1996 eröffnete sich mir mit dem Impuls, den wir vom Frauensektor aus der Gründung des Nationalen Frauenforums gegeben haben, die Gelegenheit, mich im Land wieder zu finden und organisierte *compañeras* aus unterschiedlichen Gegenden kennen zu lernen. Die Bemühungen des Forums und die Rückkehr nach Guatemala waren Teil des Übergangs und eine sehr schwierige Etappe für mich. Ich bin politisch gewachsen und bin durch den Kampf der Frauen mittels der Erfahrungen des Sektors und der Möglichkeit von anderen zu lernen, gereift. Mehr als in Seminaren habe ich meine politische Ausbildung in der Praxis genossen.“

Silvia Solórzano erzählt: „Als Kämpferin der URNG gab es definitiv einen sehr drastischen Wandel, denn die Unterzeichnung war die Demobilisierung, die Waffenabgabe und der Ausstieg aus einer Art des geheimen Kampfes hin zu einer öffentlichen Präsenz.“

Die Legalisierung der URNG als Partei, und überhaupt im Rahmen der ganzen Institutionen des Landes zu handeln, war für mich eine grosse Lehre, mich in die öffentliche Politik der Exekutive einzuklinken und den legislativen und rechtlichen Raum zu schätzen, was wir total verdrängt hatten.

Für mich war der Moment der Unterzeichnung sehr schwierig, vor allem die ersten zwei Jahre, um überhaupt ihre Dimension zu begreifen. Wir hatten kein so detailliertes politisches Programm ausgearbeitet, und so ist es ein Prozess

gewesen, in dem wir die Wirklichkeit bekämpften und dabei kurzfristige Ziele mit den langfristigen Idealen zu kombinieren versuchten, um diese nicht zu verlieren. Das muss man reifen lassen. Die öffentliche Politik und die Gesetze sind Werkzeuge um weiterzugehen, aber die Hauptkämpfe um Respekt und Gleichheit zu erreichen und die Diskriminierung zu beseitigen, gehen graduell voran.“

(Andrea Carrillo Samayoa)

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Ein Jahr Regierung Berger: Kritik der Zivilgesellschaft

Guatemala, 10. Dez. Die Evaluation der Organisationen der Zivilgesellschaft nach einem Jahr Präsidentschaft von Oscar Berger und seiner Regierungskoalition GANA ist ernüchternd: Keinerlei Fortschritt in der Agrarfrage, eine miserable Politik in Sachen Sicherheit und wenig Aufmerksamkeit gegenüber den unterdessen auf über 490 angestiegenen Morden an Frauen. VertreterInnen der *Plataforma Agraria* (PA), dem *Kollektiv sozialer Organisationen* (COS) und dem Frauensektor diskutierten unter dem Titel „Haben wir wirklich alle gewonnen?“ (in Anspielung auf den Wahlslogan von Berger „mit der GANA gewinnen alle“) dessen im Jahr 2004 veranlassten politischen Massnahmen.

Clara Arenas von der *Plataforma Agraria* bedauerte, dass bis dato noch keine klaren Linien in Sachen Landproblematik auszumachen sind. Z.B. habe die Regierung ihr Versprechen nicht eingehalten, den von der Kaffeekrise betroffenen Familien die Summe von insgesamt 46 Mio. Quetzales zur Verfügung zu stellen, um Land für die Selbstversorgung zu pachten. Für das nächste Jahr fordert die PA, dass die Vorschläge der Zivilgesellschaft berücksichtigt werden, wie z.B. das Dokument der *Plataforma*, „Abriendo Brechas“, das nebst umfassenden Vorschlägen für die Lösung der ruralen Problematik auch das Thema Frauen und Land berücksichtigt, also eine Genderperspektive enthält.

Das *Komitee der BäuerInneneneinheit* (CUC) informierte, dass 55 Personen der Gemeinde Cubilguitz, Alta Verapaz, juristisch verfolgt würden wegen ihres Kampfes um die Einhaltung ihrer

Arbeitsrechte beim Unternehmen *Desarrollo Agropecuario del Norte S.A.* Weitere 55 ArbeiterInnen der Finca Dolores in der selben Gemeinde wurden Anfang dieses Jahres entlassen, ohne dass der Arbeitgeber ihnen bisher Entschädigungsleistungen gezahlt hat. Das CUC fordert die Annahme des Katastergesetzes durch den Kongress sowie die Annullation aller Haftbefehle gegen sich exponierende BäuerInnenvertreterInnen. Ebenfalls für das Departement Alta Verapaz fürchtet die BäuerInnenorganisation CONIC über die Weihnachtstage die Räumung besetzter Fincas.

Zum Thema Sicherheit äusserte sich Jorge Arreaga von *Seguridad Democrática* (SEDEM) und meinte, gewonnen habe man in diesem Jahr wohl eher ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit. Weiter bedauerte er, dass es an politischem Willen fehle, um die *Kommission zur Untersuchung illegaler Strukturen* (CICIACS) einzusetzen.

Die Myrna Mack-Stiftung (FMM) weist in ihrem Jahresrückblick darauf hin, dass die vom Innenministerium durchgeführten Massnahmen zur Bekämpfung der Gewalt im Giesskannenprinzip durchgeführt würden, entsprechend nicht ge-griffen und vor allem keine längerfristige Strategie verfolgt hätten. Erinnert wird an die kombinierten Patrouillen von Militär und Polizei, das Gesetz zum Verbot von Alkoholverkauf nach Mitternacht, die bewaffnete Begleitung von Stadt- und Überlandbussen etc. Weiter weist die FMM auf interne Probleme im Innenministerium hin, z.B. auf die nicht sehr vertrauenserweckende Polizei, deren Mitglieder oftmals selber in Gewalt-

oder Korruptionstaten verwickelt sind. Besorgniserregend ist für die Stiftung auch die Zunahme von Drohungen gegen MenschenrechtsaktivistInnen.

Spezielles Augenmerk im Zusammenhang mit dem Thema Sicherheit verlangen sicher die bis Mitte Dezember auf 490 angestiegenen Morde an Frauen. Das bisher grausamste und die Bevölkerung aufschreckendste Verbrechen fand am 26. November statt, einen Tag nachdem die guatemalteckischen Frauenorganisationen anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen der bisherigen Gewaltopfer gedenkt hatten: Einzelne Teile eines zerstückelten Frauenkörpers wurden am helllichten Tag an verschiedenen, stark frequentierten Orten der Hauptstadt aufgefunden.

Während Frauenorganisationen die sofortige Untersuchung dieser Verbrechen fordern, tröstet Innenminister Carlos Vielmann damit, dass bereits 76 Verhaftungen durchgeführt worden seien und weitere 145 Verdächtige auf seiner Liste stünden. Von grundsätzlichen Lösungen, wie das Problem der Frauenmorde angegangen werden könnte, will Vielmann nichts wissen.

Präsident Berger schaut unterdessen zuversichtlich ins kommende Jahr. Während einer Arbeitsreise in verschiedene Gemeinden des Departements Quiché versprach er, das Problem der Unsicherheit vollständig zu lösen, die Gesundheit, die Bildung und den Lebensstandard der Guatemaltekinnen zu verbessern. Und überhaupt, werde „das Jahr 2005 ein historisches für Guatemala“, so der Präsident. Worin das „historische“ liegt, bleibt abzuwarten ...

Carlos Aldana, neuer Verteidigungsminister

Guatemala, 23. Dezember. Pünktlich zum Jahreswechsel gab Präsident einige Änderungen in seinem Regierungskabinettkannt, wobei vor allem die Nachfolge des bisherigen Verteidigungsministers, César Méndez Pinelo, Diskussionen auslöste. Ab 2005 ist Carlos Humberto Aldana Villanueva, der bisher als Vizeminister amtierte, neuer Verteidigungsminister. Neuer Vize wird Francisco Bermúdez Amado und Jorge Hugo Flores wird Chef des Militärischen Generalstabs.

Bereits im Vorfeld der Ernennung des neuen Ministers erstellten Menschenrechtsorganisationen ein Profil des möglichen Kandidaten. Laut Rosalina Tuyuc, Leiterin des *Nationalen Entschädigungsprogramms für Kriegsver-*

ges begangene Menschenrechtsverletzungen verwickelt sein. Carmen Aída Ibarra von der Myrna Mack-Stiftung ist der Ansicht, dass sich ein solcher durch seine Verpflichtung an die Demokratie, seinen Respekt der Menschenrechte, seine politische Neutralität und seinen Glauben an Frieden, Gerechtigkeit und Wahrheit auszeichnen müsse. Transparenz und Offenheit sind weitere Attribute, die sich Ibarra von einem zukünftigen Verteidigungsminister wünscht.

Nach allem, was man über ihn weiss, erfüllt Aldana diese Kriterien wohl nicht. Militärangehörige, die aus Angst vor Repressalien anonym bleiben wollen, behaupten, dass Aldana dem Ex-Verteidigungsminister unter Alvaro Arzú, Marco Tulio Espinoza, nahe steht. Espinoza leitete auf illegale Weise ein Antientführungs-Kommando und wird der

intellektuellen Urheber-schaft des Mordes am im Öl-Geschäft tätigen Unternehmer Edgar Ordoñez Prota beschuldigt. Offenbar besteht auch eine enge Beziehung zu Präsident Berger. Aldana selber wird beschuldigt, in seiner damaligen Funktion als Direktor des Militärischen Medizindienstes Geld veruntreut zu haben. Während seiner bisherigen Militärkarriere besetzte Aldana vor allem administrative Posten, womit ihm eigentlich der Rang des Generals und die Möglichkeit, als Verteidigungsminister zu am-tieren, gesetzlich nicht erlaubt wäre. Dazu bräuchte er mindestens zwei Jahre „praktische“ Erfahrung als Leiter einer militärischen Truppe. Gemäss Militärhierarchie wäre der logische Nachfolger von Pinela der bisherige Chef des Militärischen Generalstabs, Ricardo Bustamante Figueroa, gewesen.

Spanische Justiz erreicht Haftbefehl gegen Alvarez Ruiz

Guatemala, 23. Dez. Die von der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú in Spanien eingereichte Klage gegen die Ex-Generäle Romeo Lucas García, Efraín Ríos Montt und Oscar Humberto Mejía Víctores sowie gegen hohe Staatsmänner deren jeweiliger Regierungen, beginnt langsam Früchte zu tragen. Am 10. Dezember erliess die mexikanische Justiz - auf Begehren der Spanischen - einen internationalen Haftbefehl gegen Donaldo Alvarez Ruiz, ehemaliger Innenminister unter Kjell Laugerud García (1974 – 78) und Lucas García (1978 – 1982). Alvarez Ruiz, heute 73-jährig, schuf sich ein breites Netz von Informanten, Entführern und Folterern mit dem Ziel, die marxistischen Gruppierungen zu bekämpfen. Seine Bessensheit ging soweit, dass er in seinem eigenen Haus einen Folterkeller einrichten liess. Als Regierungsverantwortlicher für den Bereich „Sicherheit“ trieb er die Aufstandsbekämpfung auf die Spitze und wurde zum grössten Unsicherheitsfaktor für alle vermeintlichen und wirklichen politisch Oppositionellen.

Die Delikte, die Alvarez Ruiz heute angelastet werden, sind Folter, Völkermord, Staatsterror und Mord gegen Tausende von Guatemalteken während des bewaffneten Konflikts. Konkret angeklagt wird er u.a. der Verantwortung für den Brand und das Massaker in der Spanischen Botschaft am 31. Januar 1980, bei dem 37 Personen ums Leben kamen, darunter der Vater der Friedensnobelpreisträgerin. Weiter des Mordes an der guatemalteken Schriftstellerin und Feministin Alaíde Foppa (19. Dezember 1980), des Mordes an vier spanischen Priestern, der Massenentführung von Gewerkschaftern der Nationalen Arbeitergewerkschaft (21. Juni 1980), der aussergerichtlichen Hinrichtung des StudentInnenführers Oliverio Castañeda de León sowie der aussergerichtlichen Hinrichtung von Alberto Fuentes Mohr, StudentInnenführer und Bürgermeister der Hauptstadt 1970 – 74, (ermordet am 22. März 1979) und Manuel Colom Argueta, Aussenminister unter Präsident Mendez Montenegro, 1970, sowie Vizepräsidentenskandidat 1974, (ermordet am 25. Januar 1979).

„Eine fantastische Nachricht, ein wichtiger Schritt in der Bekämpfung der Straflosigkeit“, nannte der Leiter der *Präsidialen Menschenrechtskommission* (COPREDEH), Frank LaRue die Ausstellung des Haftbefehls gegen Alvarez Ruiz.

Gemäss Informationen der mexikanischen Medien wurde der Haft- und Auslieferungsbefehl ausgestellt, ohne dass die mexikanische Justiz sich hinter die Begründung der spanischen RichterInnen gestellt hätte. Bedingung war einzig, dass es sich bei der Person, welche die spani-

sche Justiz ausgeliefert haben will, um die selbe handle, die auch das mexikanische Menschenrechtsprokurat verhaftet sehen will und dass, falls der Ausgelieferte tatsächlich wegen der ihm angelasteten Verbrechen verurteilt wird, nicht die Todesstrafe verhängt werde.

Einen Haken hat aber die „fantastische“ Nachricht: Sobald die Nachricht über den Haftbefehl bekannt wurde, bezogen mexikanische MenschenrechtsaktivistInnen vor dem Haus des Gesuchten Stellung, um seine Flucht zu verhindern. Zu spät wohl, Alvarez Ruiz ist nämlich vorläufig spurlos verschwunden, es kursieren gar Gerüchte, dass er vorgewarnt wurde und flüchten konnte. Familienangehörige von Alvarez Ruiz hingegen behaupten, er habe gar nie in Mexiko gelebt, derweil die spanische Justiz Beweise haben will, dass er in den vergangenen 22 Jahren sowohl in Mexiko wie in den Vereinigten Staaten residiert habe. Die US-amerikanische Aufenthaltsgenehmigung wurde ihm im Jahre 1999, als Rigoberta Menchú in Spanien ihre Klage einreichte, entzogen. In Mexiko betrieb er seit Jahren ein Kleinbusunternehmen, ein in diesem Land ziemlich lukratives Geschäft. Weiter soll er ein Hotel in Acapulco besitzen sowie verschiedene Firmen in Miami.

Mitglieder der mexikanischen Sektion der Rigoberta Menchú-Stiftung sowie der Stiftung Alaíde Foppa werfen der mexikanischen Regierung vor, sie habe Alvarez Ruiz Schutz gewährt. Es sei unverantwortlich, ihn so frei herumziehen zu lassen, wo doch damit gerechnet werden

musste, dass früher oder später ein internationaler Haftbefehl gegen ihn ausgestellt würde. Dieser Vorwurf wurde vom ehemaligen UNO-Botschafter Mexikos, Adolfo Aguilar Zínzer, bekräftigt, welcher den mexikanischen Behörden Nachlässigkeit vorwirft. Die mexikanische Migrationsbehörde hat nun höchste Alarmstufe bekannt gegeben, um die Ausreise von Alvarez Ruiz zu verhindern.

In Guatemala wird derweil der lokalen Justiz von MenschenrechtsaktivistInnen vorgeworfen, es mangle an politischem Willen, die Verantwortlichen des Genozids zur Rechenschaft zu ziehen und es sei peinlich, dass sich Staaten wie Spanien und Mexiko darum kümmern müssten, während die guatemalteken Justizmühlen in Fällen wie dem gegen Ríos Montt und Lucas García still stünden. Doch nun wird auch die guatemalteke Justiz Stellung beziehen müssen: Die spanischen KollegInnen verlangten nämlich, die ebenfalls von Rigoberta Menchú angeklagten, noch in Guatemala residierenden Efraín Ríos Montt, Romeo Lucas, Benedicto Lucas García, Óscar Mejía Víctores, Ángel Guevara Rodríguez, German Chupina Barahona und Pedro García Arredondo verhören zu können.

Der Generalstaatsanwalt, Juan Luis Florindo, ernannte nun einen Sonderrichter, der sich diesem Fall annehmen soll. Noch ist aber nicht klar, ob und wann die gewünschten Vernehmungen stattfinden können, im Moment werden die entsprechenden diplomatischen Bemühungen betrieben.

Streit innerhalb der UNE

Guatemala, 16. Dez. Unter schweren Anschuldigungen gegen Parteipräsident Alvaro Colom trat Anfang Dezember der Kongressabgeordnete der *Nationalen Union der Hoffnung* (UNE), Víctor Hugo Toledo aus der Partei aus und erklärte sich unabhängig. Das „Fass zum Überlaufen gebracht“ habe die Ernennung von Sergio Celis zum neuen Fraktionsleiter der Partei im Kongress, eine „Wahl“, die abgesprochen gewesen sei und mit der Colom persönlichen Profit ziehen wolle. Ausserdem kritisierte Toledo die Art und Weise, wie die ebenfalls Abgeordneten Rolando Morales und Otoniel Fernández vor das Disziplinarkommission der Partei zitiert worden seien, wo sie der Korruption beschuldigt wurden. Zudem liess Toledo verlauten, dass ihm möglicherweise zehn weitere der verbleibenden 26 UNE-Abgeordneten folgen könnten.

Der erste, der diesem Aufruf folgte, war der bisherige Kongresspräsident Rolando Morales. Der Streit zwischen

Morales und Colom dreht sich um gegenseitige Beschuldigungen wegen Machtmissbrauchs und persönlicher Bereicherung auf Kosten der Partei.

Tatsache ist, dass sich die bei den letzten Wahlen zweitstärkste Partei im Verlauf des Jahres ihren Ruf ruiniert hat, erinnert sei z.B. an den Skandal um die von Colom akzeptierten Gelder der damaligen FRG-Regierung zur Finanzierung seiner Wahlkampagne.

Anfang Dezember brach die UNE auch das politische Abkommen, das sie mit der *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) noch vor der zweiten Wahlrunde letzten Jahres vereinbart hatte. Alvaro Colom bestätigte, dass das Aufkünden des Abkommens ein Entschluss der Partei gewesen sei, er persönlich verstehe es aber eher als eine Suspension. Auf alle Fälle wird die UNE nächstes Jahr eine schwierige Position im Kongress haben, verliert sie doch durch die mit der GANA vereinbarten Rotation auch den Vorsitz.

Mehr Steuerfreiheiten für *Maquilas*

Guatemala, 08. Dez. Mit dem Attribut nationaler Dringlichkeit reformierte der Kongress in diesen Tagen das Gesetz zur Förderung des Exports und der Entwicklung der *Maquilas*, den so genannten Lohnveredelungsbetrieben. Somit können die transnationalen Unternehmen, die bereits in steuerfreien Zonen angesiedelt sind, in Zukunft auch noch jegliche Rohstoffe, die sie für ihre Produktion brauchen, auf dem lokalen und regionalen Markt Zentralamerikas einkaufen, ohne Steuern für den Import zahlen zu müssen. Während zehn Jahren werden für diese Materialien, die vormals von ausserhalb der Region stammten, von der Umsatzsteuer, einige von der Mehrwertsteuer befreit. Auch auf die Zulieferbetriebe der *Maquilas*, die diese beispielsweise mit Knöpfen, Faden, Nadeln oder Reissverschlüssen versorgen, wird diese Steuererleichterung übertragen.

Was die Industrie- und Handelskammer (CIG) als Unterstützung des nationalen Wirtschaftswachstums begrüsst, wird von den in den Fabriken Arbeitenden als Gefahr gesehen, die ihre Arbeitsrechte noch weiter beschneidet.

Carlos Díaz, Koordinator der ArbeiterInnengewerkschaft Guatemalas (UN-SITRAGUA) wies auf die wachsende Besorgnis von Seiten der FabrikarbeiterInnen hin, seit Präsident Oscar Berger im September den USA einen Besuch abstattete, bei dem er die Unterstützung der ausländischen Investitionen, spezi-

ell der Förderung des *Maquila*-Sektors ankündigte, ohne ein Wort über den Schutz der Interessen der Arbeitenden zu verlieren. Eine bevorstehende Gefahr besteht in erster Linie in der Ausbreitung der Akkordarbeit, welche die Beschäftigten automatisch jeglicher Lohnzusatzleistung enteignet, gleichzeitig die Arbeitszeit verlängert und intensiviert und die bereits prekären Arbeitsbedingungen generell verschlechtern wird.

Lokalen Medienberichten zufolge sollen die Reformen Stück für Stück die guatemaltekischen Wettbewerbsnachteile verringern angesichts des Einzugs von China auf den internationalen Markt. Dieser steht massiv mit Ablauf des Welttextilabkommens zum Ende 2004 bevor, über das bislang die Exportmengen von Kleidung für jedes Land reguliert wurden.

Zudem steht der Eintritt des heissdiskutierten Freihandelsabkommens zwischen Zentralamerika und den USA (CAFTA) aus, bezüglich dessen inzwischen zu bilateralen Gesprächen und Absprachen übergegangen wurde. Mit der US-amerikanischen Wiederwahl von George W. Bush ist davon auszugehen, dass die in den Abkommen festgehaltenen und von vielen Seiten heftig kritisierten desaströsen Arbeits- und Umweltbedingungen nicht mehr modifiziert werden. Eine solche Überarbeitung war vom demokratischen US-Präsidentenchaftskandidaten Kerry erwartet worden.

Neben Plänen der wirtschaftlichen Kooperation mit der Europäischen Union, hat Guatemala nun auch entsprechende Gespräche mit Taiwan aufgenommen, zu dem bereits aktive Handelsbeziehungen bestehen. Aus Taiwan werden hauptsächlich Erdölprodukte, synthetische Fasern, Zubehör für Motor- und Fahrräder importiert, während das asiatische Land mit guatemaltekischem Kaffee, verschiedenen Pflanzensamen und Hölzern beliefert wird.

Die Aussichten verdüstern sich darüber hinaus, zieht man den Welt-Beschäftigungsbericht 2004/2005 der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) in Betracht, in dem davon ausgegangen wird, dass die Länder Lateinamerikas das weltweite Ziel nicht erreichen werden, bis 2015 die Zahl der armen Arbeitenden, die über weniger als einen Dollar am Tag verfügen, auf die Hälfte zu reduzieren. Um dieses zu erreichen, sei ein jährliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 4,7% notwendig, der regionale Durchschnitt liegt derzeit bei 2,6%. Chile ist die einzige Ausnahme der generellen, nicht ausreichenden Entwicklungstendenz. Diese Nation habe ein beeindruckendes Wachstum der Arbeitsproduktivität erlebt, so der Bericht. Einen leichten Anstieg dieses Indikators zeigte sich in der vergangenen Dekade in den Wirtschaftssektoren von Brasilien, Mexiko, Guatemala und Kolumbien, das gegenteilige Phänomen war in Ecuador und Venezuela zu beobachten.

Signifikante Fortschritte im Katasterwesen

Guatemala, 08. Dez. Der Inhalt der inzwischen dritten Gesetzesinitiative für die Schaffung einer Kataster-Informationsregistratur, die im September dem Kongress vorgestellt worden war, hat wesentliche Fortschritte in seiner Diskussion zwischen den verschiedenen involvierten Sektoren erfahren. Die Autonomie der Institution sowie die Einbeziehung eines/r indigenen Vertreters/in in den Konsultationsrat sind die wichtigsten Erfolge. Nun wartet der Rundtisch auf die Unterstützung der Exekutive, eine qualifizierte Mehrheit (105 Stimmen) für die Verabschiedung unter nationaler Dringlichkeit zu gewinnen.

Am vergangenen 30. Nov. einigten sich die am Rundtisch Beteiligten, zu denen RepräsentantInnen der Zivilgesellschaft, der Landwirtschaftskammer und Abgeordnete des Kongresses gehören, neben den erwähnten Aspekten auf die Einrichtung eines Fachausschusses, der den Vorschlag überarbeitet.

Obwohl erwartet worden war, dass der Punkt zur Autonomie der Körper-

schaft auf konträre Positionen zwischen den Beteiligten stossen würde, kam man relativ schnell und ohne grössere Differenzen zu einer Einigung.

Gegenteiliges passierte während der Auswahl der Mitglieder des Konsultativrates. Laut Definition soll dieses Organ Beratungsstatus für die Kataster-Registratur innehaben und den Katasterprozess begleiten. Orientierungskriterium sollen dabei die Sicherheit und juristische Gewissheit von Pacht, Besitz und Eigentum von Land darstellen. Die sozialen Organisationen beharrten auf dem ursprünglichen Gesetzesvorschlag, in dem neben der Aufnahme von VertreterInnen der Unternehmerschaft und des Agrarministeriums jeweils ein/e VertreterIn der Organisationen der Maya, der Garifuna und der Xinka in den Rat aufgenommen werden sollte sowie jemand der Nicht-Regierungsorganisationen, die zum Thema Kataster arbeiten. Nach stundenlanger Diskussion wurde der Vorschlag schliesslich akzeptiert.

Für die Wahl der indigenen und

BäuerInnen-Vertretungen soll es eine öffentliche Ausschreibung geben.

Einen Punkt der bestehenden Uneinigkeit, trotz aller erwähnten Fortschritte, stellt das Thema der Regulierung im Katasterprozess dar, das sich auf den sog. Exzess von Ländereien bezieht, also auf Grundstücke, die nicht registriert sind, da sie auf illegale Weise erworben wurden, Grundstücke, die doppelt registriert sind oder sich mit anderen überschneiden oder jene, die kein/e BesitzerIn haben. Ein Lösungsvorschlag geht davon aus, dass die Ländereien automatisch legalisiert werden, wenn das Katasterwesen einmal eingeführt ist, andere glauben, dass auf diese Weise Enteignungen gesetzlich akzeptiert werden. In einem weiteren Gespräch sollen diese Problematik geklärt und auch das entsprechende Gesetz sowie der Agrar-Kodex ausdiskutiert werden. „Es ist nicht bekannt, wie signifikant die Exzesse in Guatemala sind. Aber es muss bedacht werden, dass die Mehrheit der Finca-Räumungen auf Grenzstreitigkeiten und

Exzesse zurückzuführen sind, bringt Úrsula Roldán von der *Plataforma Agraria* die Situation auf den Punkt.

Die Regierungskommission, in der alle politischen Parteien vertreten sind und der bereits der Katastergesetzesvor-

schlag vorliegt, besteht darauf, dass die am Rundtisch erreichten Vereinbarungen verpflichtend sein sollen. Diese Kommission versicherte ihre Zustimmung zu der Initiative, sollten die diversen involvierten Sektoren tatsächlich

eine vollständige Ratifizierung derselben erreichen.

Derweil ist die Vorlage vor dem Kongressplenarium noch vor dem 14. Januar 2005 geplant, wenn der neue Kongressvorstand sein Amt antritt.

Schlamperei und Abzockerei im Kongress

Guatemala, 24. Dez. Nicht bloss Präsident Berger muss sich dieses Jahres einig an Kritik anhören, auch seine Legislative, der Kongress, befindet sich im Kreuzfeuer der Kritik. PolitologInnen aber auch Kongressabgeordnete selber bezeichnen die Arbeit des Kongresses im Jahr 2004 als defizient. Keine der angenommenen Gesetzesvorlagen sei von wirklicher Bedeutung für das Land oder seine BewohnerInnen, mit Ausnahme der Reform des Wahlgesetzes, die jedoch noch nicht abgeschlossen sei. Im Moment seien über Tausend Anträge und Initiativen irgendwo schubladisiert und oftmals vergehen Jahre, bis sie auf die Agenda des Kongresses kommen.

Die Ursache dieser Schlamperei sehen einige in der schlechten Führung des Kongresses. Die Sitzungen begannen oftmals mit mehr als einer Stunde Verspätung, da man warten müsse, bis eine beschlussfähige Mindeststimmzahl anwesend sei. Oftmals habe man eine Agenda mit bis zu zwanzig Traktanden, von denen dann im besten Fall drei behandelt würden, beklagt sich die ANN-Abgeordnete Nineth Montenegro.

Andere wiederum sehen das Problem darin, dass es keine starke Mehrheitspartei mehr gibt, wie das bei den vorherigen Regierungsparteien der Fall war. Aushandeln und Konsenssuche sind neue Methoden im guatemalteckischen Kongress, die erst gelernt werden müssen.

Die guatemalteckische Bevölkerung hat sich im Verlauf der „demokratischen Entwicklung“ der letzten Jahre daran gewöhnt, dass der Kongress sich nicht durch Effizienz und Entscheidungsfreude auszeichnet. Dass aber derselbe Kongress quasi hinter verschlossenen Türen und nachdem die Sitzung offiziell zu Ende war, entschieden hat, die „Repräsentationsspesen“ der 158 Abgeordneten um bis zu 10 Tausend Quetzales zu erhöhen, hat bei vielen Wut und Kritik ausgelöst. Ein entsprechender Vorstoss wurde bereits im Juni dieses Jahres abgelehnt, mit der Begründung, die Abgeordneten sollten zuerst einmal zu arbeiten beginnen und weil eine solche Gehaltserhöhung als unmoralisch galt angesichts der wirtschaftlichen Situation des Landes und der Regierung. Neu beträgt das Monatsgehalt einer oder eines Kongressabgeordneten 44 Tausend Q

(ca. 5'500 US-\$), bzw. bis zu 54'150 Q (ca. 6'700 US-\$) für Vorsitzende von Kommissionen. Ausserdem verfügt jeder und jede Abgeordnete seit neuestem über die Summe von 1,2 Mio. Quetzales und die Entscheidungsmacht darüber, wie dieses Geld in „ihrem“ oder „seinem“ Departement eingesetzt wird. Was gibt es für eine bessere Wahlpropaganda?

Die Gewerkschaften waren die ersten, die diese Gehaltserhöhung verurteilten. Während die „Väter der Nation“ auf ungerechtfertigte Weise ihr Einkommen erhöhen, müssen LandarbeiterInnen mit einem seit dem Jahr 2000 unveränderten Mindestlohn, der nicht für die Befriedigung der Grundbedürfnisse reicht, um ihr Überleben kämpfen, meinte José Pinzón von der Gewerkschaftsdachorganisation CGTG. Der gesetzlich festgelegte Mindestlohn beträgt heute rund 39 Q, wobei den „gewöhnlichen“ Arbeitnehmenden nur die Tage ausbezahlt werden, die sie auch arbeiten, während Kongressabgeordnete im Durchschnitt 145 Q an jedem der 365 Tage des Jahres bekommen, wie Pinzón vorrech-

net.

Ebenfalls Stimmung gegen die Gehaltserhöhung der Kongressabgeordneten machte die Presse. Die Tageszeitung *Prensa Libre* veröffentlichte eine Liste mit sämtlichen E-Mail-Adressen der Abgeordneten und rief die Bevölkerung auf, ihre Kritik direkt anzubringen. Am Tag darauf hiess es in der Zeitung, dass die Mailboxen der Kongressmitglieder überfüllt seien mit Protest- und Kritikschreiben, dass aber leider nicht alle Abgeordneten diese lesen könnten, weil einige nicht wüssten, wie ein E-Mail-Programm zu bedienen sei.

Am 23. Dezember reichte der ehemalige nationale Rechnungsprüfer, Acisclo Valladares Molina, beim Verfassungsgericht einen Antrag auf Suspension der vom Kongress erlassenen Gehaltserhöhung ein. Auch die Abgeordneten der ANN (mit Ausnahme von Pablo Monsanto) lehnten die Gehaltserhöhung ab und forderten eine generelle Revision der Gehälter von Regierungsangestellten, inkl. von Präsident Berger und Vizepräsident Stein.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Wir von der ¡Fijáte!-Redaktion wünschen Euch alles Gute zum neuen Jahr. Wir danken allen, die uns auch im vergangenen Jahr wieder „hinter den Kulissen“ in unserer Arbeit unterstützt haben, die uns mit Informationen beliefert, uns inhaltlich, administrativ und technisch begleitet haben. Und wir danken Euch für Euer Interesse am ¡Fijáte! und an Guatemala und hoffen, Euch auch nächstes Jahr zu unseren LeserInnen zählen zu können.

Beiliegend bekommt Ihr die Jahresrechnung für 2005 mit der Bitte, diese bald zu begleichen. Es freut uns, dass in den letzten Jahren die Zahl unserer LeserInnen stabil geblieben ist, und wir haben gar den Verdacht, dass es die eine oder den anderen „Mit-“ LeserIn gibt...

Wir möchten an dieser Stelle auf die Webseite >www.guatemala.de< hinweisen, wo Ihr nebst anderen Informationen zu Guatemala auch die älteren Ausgaben des ¡Fijáte! samt Suchprogramm findet. Ein herzliches Dankeschön an Ottmar Zimmer für diesen Service!

Für Sammler- und LiebhaberInnen bieten wir dieses Jahr erstmals eine CD-ROM an, auf der Ihr sämtliche ¡Fijáte! - Nummern des Jahres 2004 findet. Diese CD kostet 30 Franken bzw. 20 Euro und kann bei der Redaktion bestellt werden.

Die nächste Ausgabe des ¡Fijáte! erscheint am 19. Januar 2005. Genauso wie unsere Informationsquellen in Guatemala, werden auch wir uns ein paar Tage Erholung gönnen.

Herzlichen Dank

Christiane Treeck und Barbara Müller